

Haushaltsrede zur Ratssitzung am 06.12.2018

Sehr geehrter Frau Bürgermeisterin,

sehr geehrte Damen und Herren,

obwohl der Hebesatz der Grundsteuer B in diesem Jahr auf ein Rekordniveau von 690 v. H. gestiegen ist, decken auch im nächsten Jahr die geplanten Erträge von 121,5 Mio. € die zu erwartenden Aufwendungen von 127,1 Mio. € mal wieder nicht ab. Es bleibt ein Jahresdefizit von 5,6 Mio. €. Mal wieder kein ausgeglichener Haushalt, der soll planmäßig ja im Jahr 2022 kommen. Wer daran glaubt, der glaubt auch an den Weihnachtsmann. Ich beschäftige mich jetzt schon seit 15 Jahren mit dem Kamener Haushalt, davon zehn Jahre als Mitglied der Bürgergemeinschaft Kamen, seit knapp fünf Jahren als Ratsmitglied der Freien Wählergemeinschaft. Seitdem habe ich nur eins erlebt: Jahresdefizite über 10 oder unter 10 Mio. € und dies trotz stetig steigender Einnahmen sowie Steuer- und Gebührenerhöhungen.

Die Hoffnung, dass sich daran künftig etwas grundlegend ändert, habe ich nicht. Nüchtern betrachtet ist die Stadt Kamen finanziell unterstrukturiert. Die pflichtigen Sozialausgaben steigen jährlich rasant, die Einnahmen deutlich weniger; und dies trotz eines konstanten deutlichen Wirtschaftswachstums, das im nächsten Jahr sein zehnjähriges Jubiläum feiern könnte. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung, die wir zuletzt Anfang der 60-iger Jahre hatten.

Trotzdem bewegen sich die jährlichen Gewerbesteuererinnahmen seit Jahren konstant um 15 Mio. €. Damit kann man sicherlich nicht zufrieden sein, obwohl in den letzten Jahren die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze stetig ansteigt.

Der städtische Haushalt hat mittlerweile eine Gesamtverschuldung von 132 Millionen Euro, die sich aus derzeit 74 Millionen Euro Kassenkrediten und 58 Millionen Euro anderen Verbindlichkeiten zusammensetzen. Seit Jahren ist der Finanzhaushalt der Stadt geprägt durch hohe Schulden, nicht ausreichende Investitionen in die kommunale Infrastruktur, insbesondere sichtbar an den vielen Schlaglöchern der Stadtstraßen, einer rasanten Abnahme des

Eigenkapitals und kaum Möglichkeiten, die Einnahmen aus eigener Kraft deutlich zu erhöhen.

Trotzdem sollten alle Versuche unternommen werden, um die Zuschüsse für den Betrieb der Stadthalle, des Technoparks und der VHS zu verringern sowie Synergieeffekte durch eine verbesserte interkommunale Zusammenarbeit zu heben. Größere Investitionen sind eh nur möglich, wenn dafür Fördermittel bereitgestellt werden. Wir werden uns deshalb auch bei der Neuordnung der Bäderlandschaft kein Luxusbad für fast 30 Mio. € leisten können, sondern alle Anstrengungen unternehmen müssen, dies deutlich kostengünstiger zu schaffen, allerdings unter der Prämisse, ein ausreichendes Schwimmbadangebot für Schulen und Vereine bereitzustellen.

In dieser Gemengelage hat die Landesregierung die Bewertung der Soziallasten im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes reduziert, so dass der Stadt im nächsten Jahr 1,3 Mio. € an Schlüsselzuweisungen gestrichen werden. Und da dies erst die Hälfte des Kürzungsansatzes ist, könnten in 2020 nochmals 1,3 Mio. € an Kürzungen hinzukommen, die dann sich künftig jährlich auf 2,6 Mio. € summieren würden.

Unverständnis hat die FW/FDP-Fraktion für die geplanten Änderungen des Bundes bei den Transferzahlungen im Rahmen der Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten, die mit einer Kürzung von 6,1 Mio. € der bisherigen Transferzahlungen den Kreishaushalt künftig belasten sollen. Das Defizit wird im nächsten Jahr durch Zugriff auf die Ausgleichsrücklage gedeckt, kann ab 2020 aber wieder zu einer Erhöhung der Kreisumlage führen. Die finanzielle Umverteilung zu Lasten der Transferzahlungen bei den Kosten der Unterkunft und Erhöhung der Umsatzsteueranteile der Kommunen führt zu einer vollkommen falschen Entwicklung. Die reichen Kommunen bekommen mehr, die armen Kommunen weniger.

Die finanzielle Unterstrukturierung bei den Kommunen im Ruhrgebiet ist überwiegend durch entsprechende Gesetzesvorschriften in Berlin und Düsseldorf in den letzten vier Jahrzehnten entstanden. Diese Fehlentwicklung ist grundsätzlich zu revidieren, sonst haben diese Kommunen kaum eine Möglichkeit, vom Wirtschaftsaufschwung nachhaltig zu profitieren.

Für die FW/FDP-Fraktion macht es keinen Sinn, die Bürger ständig über Erhöhungen bei der Grundsteuer B die Fehler beheben zu lassen, die ihnen die übergeordnete Politik eingebracht hat. Deshalb lehnen wir auch den Haushalt ab. Ein ausgeglichener Haushalt ist dauerhaft nur vorstellbar, wenn die grundlegend finanzielle Unterstrukturierung, besonders der Kommunen hier im Ruhrgebiet, endlich beseitigt wird. Die Kommunen selbst können es nur über latente Steuererhöhungen schaffen, und dies lehnen wir entschieden ab.

Zum Schluss möchte ich mich im Namen der FW/FDP Fraktion bei allen Beschäftigten der Stadtverwaltung, der angeschlossenen Einrichtungen und Beteiligungen für ihren persönlichen Arbeitseinsatz recht herzlich bedanken, auch für die Unterstützung unserer politischen Arbeit.

Ihnen Allen, ich betone Allen, wünschen wir ein ruhiges und frohes Weihnachtsfest sowie viel Gesundheit, Erfolg und Glück im neuen Jahr.